Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 14. 05. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7615 –

Förderung der Innovation im Mittelstand

A. Problem

Einstellung zusätzlicher Mittel im nächsten Haushaltsentwurf sowie in der nächsten mittelfristigen Finanzplanung zur Förderung von Forschung und Entwicklung, insbesondere zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/7615 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber Dr. Heinz Riesenhuber

Vorsitzender Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7615 – wurde in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Januar 2002 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass kleine und mittlere Unternehmen zum Aufbau neuer Arbeitsplätze entscheidend beitragen und die Neugründung technologieorientierter Unternehmen – in Produktion wie in Dienstleistung – für die Innovation der deutschen Wirtschaft von besonderer Bedeutung ist. Es sei bedauerlich, dass die Zahl der jährlichen Neugründungen von Unternehmen heute niedriger sei als beim Start der derzeitigen Bundesregierung, nachdem sie unter der früheren Bundesregierung von 1983 bis 1998 ständig angestiegen sei. Die Forschungskapazität der mittelständischen Wirtschaft sei zumindest in ihrem Wachstum gefährdet.

Die Antragsteller erläutern in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, wie die Innovation im Mittelstand gefördert werden sollte. Unter anderem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, im nächsten Haushaltsentwurf sowie in der nächsten mittelfristigen Finanzplanung die versprochenen zusätzlichen Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung, insbesondere zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, in den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie einzustellen. Innerhalb der derzeitigen Haushaltsstruktur sollen einige Haushaltstitel besser dotiert werden, so etwa die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen, die industrielle Gemeinschaftsforschung, die Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern, das Netzwerkmanagement in den neuen Bundesländern (NEMO) und die Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen.

Berlin, den 24. April 2002

Dr. Heinz Riesenhuber Berichterstatter

III.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 125. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und in Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 102. Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder hat die Vorlage in seiner 80. Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss für Tourismus hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 79. Sitzung am 24. April 2002 beraten

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/7615 zu empfehlen.

